

Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main



MARCO STEFFEN UNGER

Deutsche Bank

## Aufteilung unerwünscht

Das Kreditinstitut kämpft in Berlin dafür, das Trennbankengesetz aufzuweichen.

Die Deutsche Bank wehrt sich gegen eine drohende Aufspaltung. Bis Ende Juni müssen deutsche Kreditinstitute das Trennbankengesetz umgesetzt haben, das den Wertpapierhandel auf eigene Rechnung verbietet und riskante Geschäfte mit Hedgefonds einschränkt. Diese Bereiche müssen eingestellt oder abgetrennt werden. Außerdem müssen Banken ihre Überwachungssysteme so ausbauen, dass sie das Zocken unter dem Deckmantel von Kundengeschäften unterbinden. Eine Aufspaltung wird die Deutsche Bank wohl abwenden, sie fährt die betroffenen Geschäfte herunter. Aufsichtsratschef Paul Achleitner hat bis zuletzt bei der Bundesregierung auf eine Aufweichung des Gesetzes gedrängt, um ein Jahr war die Frist für die Umsetzung schon verlängert worden. Sein Argument: Deutschen Banken drohten Wettbewerbsnachteile, da ein für die EU geplantes Trennbankengesetz auf Eis liege. In den USA soll die „Volcker Rule“, die ebenfalls das Handelsgeschäft ein-

schränkt, unter Präsident Donald Trump gelockert werden. In Deutschland könnte der Umbau der Bank zu einer Holding das Problem lösen. Auch Aufsichtsbehörden sähen das gern, weil eine solche Struktur im Krisenfall die Abwicklung einer Bank erleichtern würde. Doch die Deutsche Bank hält ein Holdingmodell wegen des hiesigen Aktien- und Steuerrechts für nicht praktikabel.

So wird das Management bei der Bilanzvorlage kommende Woche nicht den großen strategischen Wurf präsentieren, auf den viele Investoren warten. Ein Paket von Maßnahmen wird intern diskutiert: Der Börsengang einer Minderheit der Vermögensverwaltung ist wahrscheinlich. Ein Team von 20 Mitarbeitern bereitet zudem die Wiedereingliederung der Postbank vor. Aber dies würde viel Geld kosten und ist deshalb noch nicht beschlossen. Eine Kapitalerhöhung zögert die Bank hinaus, sie will das Ende der Verhandlungen über höhere Kapitalanforderungen der Regulatoren abwarten. mhs

### Öffentlicher Verkehr Per App-Buchung von Tür zu Tür

Die Grünen wollen die mehr als 130 Verkehrsverbände in Deutschland durch einen bundesweit einheitlichen Standard überflüssig machen. Das geht aus einem Papier der Verkehrspolitik im Bundes-

tag hervor. „Deutschland muss ran an die historischen Strukturen und endlich die nicht aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen Bahn, Rad und Auto erneuern“, heißt es darin. „Die Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote muss kinderleicht werden.“ Um das Ziel zu erreichen, wollen die Grünen einen so-

genannten MobilPass einführen. Mit nur einer App ließe sich dann die gesamte Reise von Tür zu Tür über alle Verkehrsmittel hinweg buchen, da in den MobilPass nicht nur öffentliche Verkehrsmittel wie Bahnen und Busse integriert werden sollen, sondern auch Car- und Bikesharing-Angebote, Taxis und Fähren.

Auch die Bezahlung soll automatisch erfolgen. „Mit einem übersichtlichen Angebot, nachvollziehbaren Preisen und einer unkomplizierten Nutzung wird die Mobilität der Zukunft so einfach wie die Onlinebestellung von Pizza“, so Oliver Krischer, stellvertretender Vorsitzender der Grünen im Bundestag. bbl